



**Juliane Pfeil-Zabel**  
Mitglied des Sächsischen Landtags



Gemeinsame Pressemitteilung der Landtagsabgeordneten und Stadträtin Juliane Pfeil-Zabel (SPD) und der SPD/Grüne-Fraktion im Stadtrat der Stadt Plauen vom 22. Juli 2017

Sicherheitslage erfassen, Probleme lösen

**Kommunal- und Landespolitiker der SPD laden zur Begehung des Plauener Zentrums**

Plauen – Die Sicherheitslage im Zentrum unserer Stadt spitzt sich merklich zu. Die Hilferufe der Bürgerinnen und Bürger blieben auch in Dresden nicht ungehört. Die SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages ist alarmiert und reagiert auf die Polizeimeldungen aus dem Vogtland. Nach intensiven Gesprächen zwischen den Stadträten der SPD/Grüne-Fraktion, der hiesigen Landtagsabgeordneten, Juliane Pfeil-Zabel, und dem innenpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Albrecht Pallas, macht dieser Plauen bereits am kommenden Dienstag seine Aufwartung.

Er möchte sich die Situation unmittelbar vor Ort anschauen, in einen Dialog treten und an Lösungen arbeiten. *„Sollte sich im Zentrum von Plauen ein Kriminalitätsschwerpunkt entwickelt haben, ist es wichtig, schnell zu handeln. Der Staat muss die nötigen Maßnahmen treffen, damit sich die Plauerinnen und Plauer wieder sicher fühlen und von ihrer Freiheit Gebrauch machen können. Wichtig ist, dass kein Aktionismus stattfindet, sondern die Polizei und die Stadt Plauen ein wirkungsvolles Handlungskonzept gemeinsam entwickeln. Wie das aussehen könnte, wollen wir bei dem Treffen vor Ort besprechen“*, so Albrecht Pallas (SPD).

Der Fraktionsvorsitzende der SPD/Grüne-Fraktion im Stadtrat der Stadt Plauen, Benjamin Zabel, erklärt: *„Wir nehmen die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger sehr ernst. Diese sind keineswegs unberechtigt. Schließlich handelt es sich bei ihren Sicherheitsbedenken nicht nur um ein Gefühl, sondern um traurige Realität. Umso mehr freue ich mich darüber, dass die SPD-Fraktion des Sächsischen Landtags sofort reagiert und uns unter die Arme greift. Unsere Probleme können abschließend nur auf landespolitischer Ebene gelöst werden, hierfür brauchen wir den Dialog. Die politischen Zuständigkeiten befreien uns keineswegs von der Verpflichtung, auch auf kommunaler Ebene an Konzepten zu arbeiten. Die Herstellung von Ordnung und Sicherheit in unserer Stadt kann nicht von Dresden aus gesteuert werden. Dafür sind die politischen Amtsträger unserer Stadt verantwortlich, dabei lehne ich mich keineswegs zurück.“*

Die SPD/Grüne-Fraktion und die beiden Landespolitiker starten mit ihrer Begehung am kommenden Dienstag, den 25. Juli, um 16:00 Uhr am Rathaus der Stadt. Dazu sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen. Um 16:30 Uhr folgt ein internes Gespräch mit der örtlichen Polizei, bei dem die Funktionalität des Sicherheitskonzeptes im Fokus stehen wird.

(2748 Zeichen)